

ARBEITGEBERMAGAZIN 01/2012

WACHSTUM SCHAFFEN

INTERVIEW MIT DER WIRTSCHAFTSSENATORIN SYBILLE VON OBERNITZ

TARIFRUNDE 2012

KOMMUNEN SIND HOCH VERSCHULDET

KORRUPTIONSPRÄVENTION

DER BERLINER VERTRAUENSANWALT STELLT SICH VOR



Das Titelbild wurde uns freundlicherweise von unserem Mitglied Beuth Hochschule für Technik zur Verfügung gestellt.

Das Bild zeigt die Innenansicht des Campus Haus Bauwesen der Beuth Hochschule.

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	4
Aus dem Verband	
Pressearbeit des KAV Berlin	5
Neue Datenbank PersVGIS in Kooperation mit dem KAV Berlin	6
Im Portrait: Studentenwerk Berlin - Mitten auf dem Campus	8
Aktuelle Informationen	
Korruptionsprävention: Interview mit dem Vertrauensanwalt Dr. Christoph Partsch	9
Tarifrunde 2012	11
Neues aus der Politik	
Wachstum schaffen: Interview mit Sybille von Obornitz	12
Der Senat ist komplett	15
Veranstaltungen	
Workshop zum TV-L/TVÜ-Länder	17
Stellenbesetzung rechtssicher und AGG-konform	18

IMPRESSUM

Herausgeber: Kommunaler Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) | Goethestraße 85 | 10623 Berlin | Geschäftsführerin: Claudia Pfeiffer |
Text, Redaktion, Layout: Silke Leicht-Gilles | Referentin Verbandskommunikation | Gestaltung: HELDISCH.com

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Aufwärtstrend geht durch die Berliner Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigte das Trendbarometer in den letzten Jahren nach oben. Auch für den KAV Berlin ist der Trend vielversprechend. Der Arbeitgeberverband startet mit einer guten Nachricht ins Neue Jahr: Mit dem Beitritt von zwei neuen Mitgliedern gehören insgesamt 70 kommunale Arbeitgeber der starken Gemeinschaft der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen an.

Seit dem Jahr seiner Verselbständigung 1999 steigt die Mitgliederzahl im KAV Berlin kontinuierlich an. Immer mehr öffentliche Arbeitgeber schließen sich zusammen und das Ergebnis ist ein starker Verband. Ganz im Sinne unserer Mitglieder entwickeln wir in Zusammenarbeit mit dem Vorstand und dem Beirat die Strategien für eine zukunftsorientierte Tarifpolitik. Damit entlasten wir unsere Mitglieder und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für ihre tägliche Arbeit.

Die Rahmenbedingungen werden 2012 wieder neu verhandelt. 2012 wird für uns und unsere Mitglieder ein tarifpolitisch intensives Jahr. Die Tarifeinheit wurde aufgehoben und im ersten Quartal startet die bundesweite Tarifrunde 2012 für den öffentlichen Dienst, sowie einige Tarifrunden auf Berliner Ebene.

Auch auf politischer Ebene tut sich Einiges. Anfang Januar betonte der Regierende Bürgermeister in seiner Regierungserklärung, dass sich Berlin zur „zukunftsfähigsten Metropole Europas“ mit einer starken Wirtschaft, fairen Löhnen, Toleranz und sozialem Zusammenhalt entwickeln solle.

Hier gehen die KAV-Mitglieder bereits mit gutem Beispiel voran. Sie sind sozial engagierte Arbeitgeber mit verlässlichem Lohnniveau und sicheren Arbeitsplätzen.

Eine wichtige Grundlage für das wirtschaftliche Handeln unserer Mitglieder sind unter anderem die politischen Rahmenbedingungen in der Hauptstadt. Welche Themenschwerpunkte die neue Wirtschaftssenatorin Sybille von Obernitz setzen möchte, erfahren Sie in einem Interview mit ihr. Weitere Themen dieser Ausgabe sind die Tarifrunde 2012 und die Aufgaben des ersten Berliner Vertrauensanwalts.

Ihre Claudia Pfeiffer

AUS DEM VERBAND

PRESSEARBEIT DES KAV BERLIN

Auch 2012 führt der KAV Berlin seine intensive Pressearbeit fort. Gleich zu Beginn des Jahres gab es eine sehr positive Meldung aus dem Verband. Der KAV Berlin hat zu Beginn des Jahres 70 Mitglieder und hält damit den Mitgliederrekord.



Foto: Jeger / pixelio.de

Der KAV Berlin nimmt vor allem zu politischen Themen Stellung und positioniert sich im Sinne seiner Mitglieder.

FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK DES SENATS GEHT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

Berlin, 16. Januar 2012. Die öffentlichen Arbeitgeber in Berlin begrüßen die von der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen vorgestellten Schwerpunkte der Berliner Frauen- und Gleichstellungspolitik. „Diese Politik des Senats geht in die richtige Richtung und ist auch für den Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema, das die Mitglieder bereits mit dem Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG Berlin) umsetzen“, erklärt die Geschäftsführerin des KAV Berlin dazu.

Positiv zu bewerten ist auch, dass die Arbeitssenatorin auch private Unternehmen verpflichten möchte,

gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. „Dieser Schritt der verbindlichen Frauenförderung ist ein wichtiges Signal und hilft dabei, Wettbewerbsnachteile der öffentlichen Arbeitgeber zu minimieren“, so Claudia Pfeiffer.

„Aktive Frauenförderung gehört für die modernen öffentliche Betriebe und Einrichtungen schon lange zum Alltag“, weiß Claudia Pfeiffer. Flexible Arbeitszeiten zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie, eine Beteiligung am Girl’s Day, oder Frauenbeauftragte und Frauenförderpläne sind nur wenige Beispiele des hohen Engagements öffentlicher Unternehmen in Berlin zur Förderung von Frauen im Berufsleben.

Dennoch ist ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft vonnöten, so die KAV-Geschäftsführerin: „All diese Maßnahmen sind wichtig und richtig. Viel wichtiger ist eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Veränderung, die Frauen und Männer als gleichberechtigt behandelt und sich der Gender-Thematik tatsächlich widmet“.

AUS DEM VERBAND

NEUE DATENBANK PERSVGIS

In Kooperation mit dem KAV Berlin startet im Januar die Rechtsprechungsdatenbank zum Personalvertretungsgesetz Berlin (PersVG Berlin) PersVGIS - Personalvertretungsrechtliches Informationssystem. PersVGIS ist eine Wissensdatenbank rund um das PersVG Berlin, das umfangreiche Materialien zum Gesetz und den Gesetzesänderungen bereitstellt.

„Mit der Datenbank ist es den Anwendern des Personalvertretungsgesetzes Berlin möglich, einen umfangreichen Überblick zur aktuellen und vorangegangenen Rechtsprechung zu erhalten“, so die KAV-Geschäftsführerin Claudia Pfeiffer zu PersVGIS. PersVGIS ist die erste Datenbank, die sich exklusiv mit dem Thema PersVG Berlin beschäftigt. „Die Datenbank ist deshalb für jeden Praktiker und Experten, der das Personalvertretungsgesetz Berlin anwendet, unerlässlich“, so Claudia Pfeiffer zum Nutzen von PersVGIS. Als Kooperationspartner hat der KAV Berlin für seine Mitglieder Sonderkonditionen ausgehandelt, die ein Jahresabonnement noch attraktiver machen.

WAS BIETET PERSVGIS?

Mit der Datenbank ist es dem Praktiker möglich, schnell und effizient die Rechtsprechung zum PersVG Berlin, aber auch BPersVG und PersVG Brandenburg zu recherchieren. Dabei gibt es viele Recherchemöglichkeiten über alle Dokumente, beispielsweise nach Stichworten, nach Gericht, nach Entscheidungsdatum, nach Aktenzeichen, nach gesetzlicher Regelung, u.v.m. Dem Nutzer bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, sich umfangreich zu informieren und dabei auch einen Blick über den Tellerrand zu werfen. Beides hilft ungemein bei der täglichen Anwendung des Gesetzes.



Schnelle Hilfe bei der Auslegung der Vorschriften im Arbeitsalltag bieten die in der Datenbank bereitgestellten Materialien zu Gesetzesänderungen, wie Drucksachen, Plenarprotokolle und weitere Schriftstücke.

In einer im Aufbau befindlichen Wissensdatenbank werden laufend alphabetisch, anhand von Stichworten sortiert, aktuelle Entscheidungen besprochen, Aufsätze und Gutachten zu bestimmten Themen veröffentlicht.

SONDERKONDITIONEN FÜR MITGLIEDER

Der Zugang zu PersVGIS ist kostenpflichtig. Mitglieder des KAV Berlin erhalten aufgrund der Kooperation viele Vorteile: Über den Arbeitgeberverband sind ein oder mehrere Jahresabonnements zu Sonderkonditionen erhältlich.

Zudem wird innerhalb der Datenbank für KAV-Mitglieder ein exklusiver VIP-Bereich eingerichtet. In

AUS DEM VERBAND



diesem speziell für kommunale Arbeitgeber eingerichteten Bereich wird es zahlreiche Dokumente geben, die ausschließlich KAV-Mitgliedern und deren Mitarbeitern zugänglich sind:

DOKUMENTATION VON GUTACHTEN

In diesem Bereich werden Stellungnahmen und Vermerke der KAV-Mitglieder vorgestellt. Darüber hinaus wird eine Dienstvereinbarungssammlung von und für KAV-Mitglieder aufgebaut.

STIMMEN ZU PERSVGIS

Norbert Schmidt, Vorstand des KAV Berlin und Vorstand für Personal und Soziales bei den Berliner Wasserbetrieben sagt zu PersVGIS: „Ich begrüße eine solche Datenbank insbesondere mit dem Schwerpunkt des Berliner Personalvertretungsrechts. Auf übersichtliche Art und Weise kann zu juristisch relevanten Themen auf eine Datenbank zugegriffen werden. Gesetzesänderungen, neue Vorschriften, Kommentare aber auch Entwürfe von Dienstvereinbarungen erleichtern zukünftig das Tagesgeschäft und fördern den Austausch der Unternehmen untereinander.“

Auch Lothar Zweiniger, Vorstandsmitglied im KAV Berlin sowie Vorsitzender des Gruppenausschusses Nahverkehr und Häfen des Arbeitgeberdachverbandes VKA und Vorstand Personal / Soziales der BVG äußert sich positiv zu PersVGIS: „Dieses Informationssystem bietet den betrieblichen Anwendern einen guten und gezielten Einblick in die jeweils aktuell geltende Rechtsprechung und deren beständige Weiterentwicklung. Es kann damit zu einem besseren Verständnis des Rechtsgebietes beitragen und den betrieblichen Arbeitsalltag erleichtern.“

INFORMATIONEN UND ANMELDUNG

Weitere Informationen erhalten Sie auf den Internetseiten www.persvgis.de oder über den KAV Berlin.

Ansprechpartnerin beim KAV Berlin ist

Melanie Jeremias
melanie.jeremias@kavberlin.de
 030 / 21 45 81 - 14



www.persvgis.de

AUS DEM VERBAND

IM PORTRAIT:



DAS STUDENTENWERK BERLIN – MITTEN AUF DEM CAMPUS



An den Berliner Hochschulen sind über 140.000 Studierende immatrikuliert. So vielfältig wie die Stadt selbst sind auch die Lebenssituationen der Studierenden. Das Studentenwerk Berlin hat sich zur Aufgabe gemacht, entsprechend dieser Vielschichtigkeit eine ebenso breite Service-Palette anzubieten und damit bestmöglich die Berliner Studierenden zu begleiten.

Mensen und Cafeterien, Wohnheime und Kindertagesstätten, Jobvermittlung und Beratungsdienste – all das ist das Studentenwerk.

Die vom Studentenwerk betriebenen Mensen bieten eine große Auswahl an günstigen Mittagsgesetzen an. Bio-Gerichte und rein vegetarische Mahlzeiten erweitern seit Jahren das Angebot. Die Cafeterien und Coffeebars bieten die Gelegenheit für Pausen im Hochschulalltag. Wegweisend ist die Einrichtung der „Veggie No 1“ an der Freien Universität – der ersten vegetarischen Mensa Deutschlands.

Das Studentenwerk Berlin bietet eine Fülle von Beratungsangeboten rund um das studentische Leben in all seinen Facetten an. Die psychologisch-psychotherapeutische Beratung bietet Betroffenen Hilfestellung, um Krisensituationen zu überwinden. Die Sozialberatung unterstützt Studierende in Konfliktsituationen. Neben der Schwangeren- und Familien-

beratung gibt sie Ratschläge zur Studienfinanzierung und hilft bei sozialrechtlichen Fragen. Die Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende hilft dieser Studierendengruppe weiter.

In den 35 Studentenwohnheimen stehen preisgünstige Wohnmöglichkeiten zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von Einzelzimmern bis hin zu Wohnungen. Es gibt möblierte und unmöblierte Wohnungen. Wohnheime gibt es in vielen Berliner Bezirken.

Staatliche Studienförderung ist für einen großen Teil der Studenten und Studentinnen immer noch eine der wichtigsten Möglichkeiten zur Studienfinanzierung. Das Amt für Ausbildungsförderung berät kompetent in allen Fragen rund um das BAföG.

Die Jobvermittlung Heinzelmännchen vermittelt Beschäftigungsmöglichkeiten zu fairen Konditionen. Legendar sind die Weihnachtsmänner und Engel, die rund um den Heiligabend in festlicher Mission unterwegs sind.



Fotos: Studentenwerk Berlin

Ein Studium mit Kind ist ein logistischer Kraftakt und erfordert ein striktes Zeitmanagement. An dieser Stelle will das Studentenwerk Eltern unter die Arme greifen. Die vom Studentenwerk Berlin betriebenen Kindertagesstätten richten sich in ihrer Flexibilität an den Bedürfnissen studierender Eltern aus.

Das Studentenwerk Berlin ist seit 1973 Mitglied im KAV.

www.studentenwerk-berlin.de

AKTUELLE INFORMATIONEN

KORRUPTIONSPRÄVENTION BERLIN HAT EINEN VERTRAUENSANWALT



Dr. Christian Partsch
ist der erste Berliner
Vertrauensanwalt
Foto: Privat

Öffentliche Institutionen und Einrichtungen haben eine hohe soziale Verantwortung. Die KAV Mitglieder sind sich dessen bewusst und wirtschaften mit den öffentlichen Mitteln verantwortlich und arbeiten transparent. Der Berliner Senat setzte im Oktober 2011 unterstützend einen Vertrauensanwalt ein. Zum ersten Berliner Vertrauensanwalt wurde für zwei Jahre Dr. Christoph Partsch berufen. Der KAV Berlin will es genau wissen und interviewte ihn zu seinen Aufgaben.

► Wir gratulieren Ihnen herzlich nachträglich zu Ihrer Wahl als Vertrauensanwalt in Berlin. Was genau sind Ihre Aufgaben?

Als Vertrauensanwalt nehme ich vertraulich Hinweise von Bürgern entgegen, die Informationen zu einem Korruptionsverdacht weitergeben möchten oder zu Rechtsverstößen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Der Zuständigkeitsbereich des Vertrauensanwalts betrifft die Hauptverwaltung der Stadt Berlin, die landeseigenen Betriebe, die nachgeordneten Behörden und die Einrichtungen, für die das Land beispielsweise über eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat Verantwortung trägt. Ich stehe Hinweisgebern telefonisch, per Email, per Post oder persönlich für die Entgegennahme von Hinweisen zur Verfügung.

► Sie sind Ansprechpartner für Bürger und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung. Können sich

auch Mitarbeiter von öffentlichen Arbeitgebern an Sie wenden?

Soweit das Land Berlin an diesen Unternehmen beteiligt ist, insbesondere wenn es im Aufsichtsrat des Unternehmens ist, können sich auch Mitarbeiter von öffentlichen Arbeitgebern an mich wenden, wenn sie Informationen haben, die auf Korruption im Unternehmen oder sonstige Verstöße bei der Vergabe von Aufträgen hinweisen.

► Seit 1998 gibt es bereits die „Zentralstelle Korruptionsbekämpfung“ unter der Leitung des Oberstaatsanwaltes Dr. Rüdiger Reiff. Wann sollten sich Interessierte an ihn und nicht an Sie wenden?

Berlin hat zur Bekämpfung der Korruption eine Spezialabteilung bei der Staatsanwaltschaft Berlin, eine Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin und eine ressortübergreifende Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe gebildet. Der Vertrauensanwalt ist die vierte „Säule“ und stellt ein Angebot an die Bürger dar, das es dem Bürger erleichtern soll, korruptionsrelevante Informationen weiterzugeben, ohne sich arbeitsrechtlich oder anderweitig zu gefährden. Die Hemmschwelle, Missstände aufzudecken, kann so verringert werden. Bürger, die anonym bleiben wollen, sollten sich also an mich wenden. Aber auch alle anderen sind willkommen.

AKTUELLE INFORMATIONEN



Foto: Arno Bachert / pixelio.de

▼ Mit welchen Anliegen können sich Interessierte an Sie wenden?

Interessierte können sich mit dem Verdacht korrupten Verhaltens von Mitarbeitern der Berliner Hauptverwaltung, den nachgeordneten Behörden oder von landeseigenen Betrieben bei mir melden. Für die Bezirke bin ich nicht zuständig. Diese haben zum Teil eigene Korruptionsbeauftragte. Wichtig ist, dass die Information so konkret wie möglich ist.

▼ Werden die Anfragen anonym behandelt?

Die Anfragen werden auf Wunsch und im Zweifel anonym behandelt. Ich bin weder berechtigt noch verpflichtet, die Identität der Hinweisgeber preis zu geben, es sei denn der Hinweisgeber hat dazu seine Zustimmung gegeben oder der Hinweisgeber hat vorsätzlich falsch über wesentliche Tatsachen Hinweise gegeben; die Beweislast dafür liegt bei der Senatsverwaltung für Justiz und der zuständigen Behörde; der Hinweisgeber wird darüber entsprechend belehrt.

▼ Was passiert mit den Anfragen?

Zunächst prüfe ich die Hinweise unverzüglich auf ein korruptionsrelevantes oder sonstiges Fehlverhalten auf Plausibilität und frage gelegentlich bei den Hinweisgebern dazu nach. Dann informiere ich bei Verdacht auf Straftaten den Leiter der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung oder leite die Information an den Korruptionsbeauftragten bzw. den Leiter der Prüfungsgruppe oder die zuständige Revisionsabteilung weiter.

LEBENS LAUF DR. CHRISTIAN PARTSCH

Geboren 1961 in Berlin. Studien der Rechtswissenschaften, Medizin und Kunstgeschichte in Bonn, Freiburg, Kiel und Genf. Zweites Staatsexamen in Berlin. Erwerb eines Master of the Laws an der Duke University, Durham, USA. Erwerb eines Dr. jur. bei Prof. Schmidt-Jortzig in Kiel zum Informationsfreiheitsrecht. Seit 1995 tätig als Anwalt im Bereich Korruptionsbekämpfung und Compliance für Unternehmen, Vereine und Körperschaften des öffentlichen Rechts. Lehrkraft an der Steinbeis-Hochschule. Gründungsmitglied und Vorstand des Bundesverbands Compliance und der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit.

▼ KONTAKT

per Telefon: (von 9-15 Uhr) unter +49-30-60985622
per mail: info@vertrauensanwalt.com
per Post: RA Partsch, Kurfürstendamm 50, 10707 Berlin
www.vertrauensanwalt.com
<http://www.berlin.de/sen/kultur/vertrauensanwalt/index.html>

AKTUELLE INFORMATIONEN

TARIFRUNDE 2012

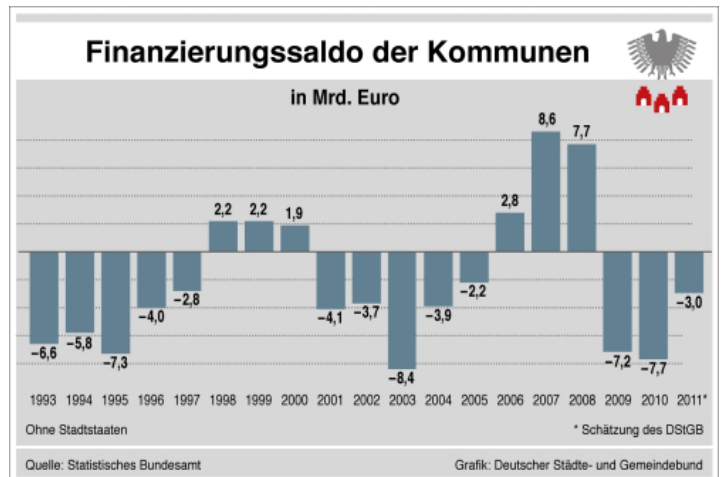
Im März 2012 startet für rund 2 Millionen Beschäftigte des kommunalen öffentlichen Dienstes die Tarifrunde 2012. Auch viele KAV-Mitglieder und deren Mitarbeiter sind von der Tarifrunde betroffen. Bereits jetzt beginnen die Vorbereitungen der Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Arbeitgeber, einen zügigen Abschluss zu erzielen.

Für die Arbeitgeber verhandeln der Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich für den Bund und der VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle für die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Beschäftigten der kommunalen Unternehmen und Einrichtungen sowie Städte und Gemeinden. Auf der VKA-Herbsttagung im vergangenen Jahr war die Tarifrunde 2012 eines der beherrschenden Themen.

Die Mitgliederversammlung der VKA fasste auf der Herbsttagung 2011 einen Beschluss zur Tarifrunde 2012. Der Beschluss im Wortlaut:

„Die kommunalen Arbeitgeber weisen im Hinblick auf die am 1. März 2012 beginnende Tarifrunde auf ihre nach wie vor mangelnde Finanzausstattung und ihren seit Jahren deutlich eingeschränkten finanziellen Spielraum hin. Die Verschuldung der Städte, Gemeinden und Landkreise liegt bereits jetzt auf einem Allzeithoch, das kommende Generationen zu schultern haben werden.

Die VKA setzt sich daher für ergebnisorientierte Tarifverhandlungen ein, bei denen unter den schwierigen finanziellen Bedingungen der Kommunen ein auch für die Beschäftigten akzeptabler Tarifabschluss erreicht wird.“



KOMMUNEN SIND HOCH VERSCHULDET

Klar ist, dass „die Beschäftigten eine Teilhabe am allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung“ erwarten, so der VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle: „Auch wenn der Aufschwung bei den Kommunen nicht stattgefunden hat.“ Denn genau hier liegt das Problem. Die Einnahmen der Kommunen liegen noch unter dem Vorkrisenniveau von 2008. Die Verschuldung der Kommunen erreicht unerwartete Rekorde, da die Ausgaben immer weiter steigen.

Der Präsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes (DStGB) Roland Schäfer sagte dazu auf einer Pressekonferenz Anfang Januar: „Trotz der guten Entwicklung wuchsen die Sozialkosten – und damit die Ausgaben - auf die Rekordmarke von fast 45 Milliarden Euro weiter an. Diese Entwicklung zeigt, dass ein grundsätzliches Umsteuern notwendig ist“.

Auch die Gewerkschaften haben das Problem erkannt. ver.di hat eine eigene Kampagne, die sich gegen die Unterfinanzierung der Kommunen wendet. Bleibt abzuwarten, ob sich dieses Bewusstsein auch in den Tarifverhandlungen widerspiegelt. Bereits jetzt machen die Gewerkschaften Stimmung und rechnen mit schwierigen Verhandlungen.

NEUES AUS DER POLITIK

WACHSTUM SCHAFFEN INTERVIEW MIT SYBILLE VON OBERNITZ



Sybille von Obornitz ist die neue Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung.
Foto: Senatsverwaltung

Der neue Senat der Landesregierung konstituierte sich mit der Vereidigung der neuen Senatoren am 1. Dezember 2011. Die parteilose Sybille von Obornitz wurde zur neuen Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung ernannt und tritt damit die Nachfolge des linken Wirtschaftssenators Harald Wolf an. Wird es mit der Ernennung der neuen Senatorin auch grundlegende Änderungen für die Berliner Wirtschaft geben? In einem Interview mit dem KAV Berlin gibt Sybille von Obornitz hierzu Antworten.

▼ Wir gratulieren Ihnen herzlich zu Ihrer Ernennung zur Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung. Was werden die Leitlinien Ihrer Arbeit sein?

Ich verstehe Wirtschaft als Querschnittsaufgabe; das bedeutet: Berlin wirtschaftlich noch stärker voranzubringen, liegt in der Verantwortung des gesamten Senats und aller relevanten Akteure außerhalb der Politik. Entscheidend dabei ist eine Kultur der Verlässlichkeit hinsichtlich der zwischen verschiedenen Akteuren getroffenen Absprachen. Als für Wirtschaft und Forschung zuständige Senatorin habe ich hierbei natürlich eine zentrale Rolle. Diese nehme ich wahr und will mich gerne an konkreten Ergebnissen messen lassen. Ich werbe aber auch um die Initiative und Kooperation aller Partner. Gemeinsames Ziel muss es

sein, Wachstum und Arbeitsplätze für Berlin zu schaffen und die Arbeitslosigkeit in Berlin abzubauen.

▼ Die Ressortzusammenlegung von Wirtschaft und Forschung und damit die Trennung von Wissenschaft und Forschung hat vor allem in den Reihen der Hochschulen große Kritik ausgelöst. Können Sie die Kritik verstehen?

Die Sorge kann ich nachvollziehen, weil es auch ein ungewöhnlicher Schritt war. Meiner Kollegin Sandra Scheeres, die für Wissenschaft zuständig ist, und mir liegt aber sehr viel daran, durch kontinuierliche und konstruktive Absprachen Reibungsverluste gar nicht erst entstehen zu lassen und diese Anfangssorge zu zerstreuen. Ich bin davon überzeugt, dass Wirtschaft und Forschung unter einem Dach zu vereinen, die Chance bietet, ein starkes Zukunftsressort zu schaffen. In vielen Bereichen können wir jetzt Prozesse von der Idee, über die Entwicklung bis zur Markteinführung bündeln. Die hier versammelte Kompetenz soll noch stärker als bisher zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. So gesehen ist der Name des Ressorts Programm: Technologieorientierte Unternehmen sollen verstärkt gerade auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen gebracht werden. Hierin liegt eine große Chance für Wachstum und Wohlstand für Berlin.

NEUES AUS DER POLITIK

▼ Während die Wirtschaft in anderen deutschen Städten boomt, wuchs die Wirtschaftsleistung der Hauptstadt 2011 deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt. Für 2012 erwarten Sie ein Wachstum von nur einem Prozent. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Wirtschaft in der Hauptstadt beleben?

Berlin ist vor der Konjunkturkrise überdurchschnittlich gewachsen und hat sich – anders als Deutschland insgesamt - in der Krise hervorragend behauptet. Dass die deutschen Industrieregionen, die es in der Krise richtig durchgeschüttelt hat, 2010 und 2011 schneller gewachsen sind als Berlin ist daher nicht überraschend. Für 2012 liegt unsere Wachstumsprognose mit 1 % sogar leicht über der Prognose für den Bund von 0,75 %. Das zeigt: Die deutsche Wirtschaft insgesamt muss sich der Gefahr bewusst sein, in schwierigeres Fahrwasser geraten zu können. Aber Ihre Frage zeigt auch: Berlin wird als Wirtschaftsstandort unterschätzt. Das müssen wir ändern. Wir müssen die Standortvorteile Berlins stärker bewerben. Ich denke an die hoch qualifizierten Fachkräfte, an die enorme Wissenschafts- und Forschungskompetenz und an die niedrigen Lebenshaltungskosten. Ich bin zuversichtlich, dass wir bei der Entwicklung der Zukunftsorte, wie beispielsweise Tegel und Tempelhof, ansässige Unternehmen dafür gewinnen werden, neue Investitionen zu tätigen und ebenso neue Unternehmen dafür begeistern können, sich in Berlin anzusiedeln. Ich bin mir sicher: Mehr Aktivitäten in innovationsgetriebenen Wirtschaftszweigen werden auch die unternehmensnahen Dienstleistungen und indirekt auch die konsumnahen Bereiche ankurbeln.

▼ Mit rund 60.000 Mitarbeitern zählen die öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen mit zu den wichtigen Arbeitgebern in der Stadt und sind zugleich ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu starken öffentli-

chen Unternehmen. Wie wird sich das in Ihrer Arbeit widerspiegeln?

Zweifellos sind die öffentlichen Unternehmen der Stadt von großer Bedeutung. Das betrifft insbesondere die Daseinsvorsorge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Wichtig sind die öffentlichen Unternehmen aber auch als Auftraggeber für die Berliner Unternehmen und als bedeutende Arbeitgeber in der Stadt, die auch eine besondere Verantwortung für Ausbildungsplätze wahrnehmen. Im Aufsichtsrat der Unternehmen werde ich mich daher gemeinsam mit den dort vertretenen anderen Senatskollegen dafür einsetzen, die Anstalten zukunftssicher auszurichten und noch stärker in der Berliner Wirtschaft zu verankern.

▼ Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass Berlin zum führenden Gesundheitsstandort in Europa entwickelt werden soll. Hierzu strebt die Koalition auch eine engere Kooperation zwischen Charité und Vivantes an. Haben Sie schon eine Idee, wie diese aussehen könnte?

Die Gesundheitswirtschaft ist eines der zentralen Zukunftsfelder Berlins und eines der ganz wichtigen Themen der gemeinsamen Innovationsstrategie Berlins und Brandenburgs. Den großen Klinikgesellschaften Charité und Vivantes kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Daher wird sich der Senat insgesamt unter Federführung meines Kollegen, des Gesundheitsministers Mario Czaja diesem Thema widmen. Dabei wird sicherlich der Ausbau der Kooperation von Vivantes und Charité vor dem Hintergrund zu erzielender Kostenersparnis ein zentrales Thema sein. Ziel muss es sein, die Effizienz zu steigern, ohne Qualität zu verlieren. Hierzu könnte ein gemeinsames strategisches Management beitragen.

NEUES AUS DER POLITIK

Das Areal des Flughafens Tegel soll zu einem regionalen Wirtschaftsraum ausgebaut werden. Auch die Hochschulen sollen integriert werden. Gibt es hierzu schon konkrete Pläne?

Den Auftrag zur Entwicklung des Geländes erhielt die WISTA-MANAGEMENT GmbH, die den erfolgreichen Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof betreibt. Die „Tegel Projekt GmbH“ arbeitet derzeit daran, wie ab 2013 Firmen für den Standort begeistert werden können. Erfreulich ist, dass bereits jetzt Interessenbekundungen vielfältiger Art eingegangen sind. Es haben Firmen aus Berlin ihr Interesse bekundet, die an ihren bisherigen Standorten aufgrund von Platzgründen oder planungsrechtlichen Hemmnissen keine Möglichkeiten haben sich zu erweitern. Große zusammenhängende Flächen wie der ehemalige Flughafen Tegel sind hierfür ideal. Darüber hinaus interessieren sich auch Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen für den Standort, wie z. B. die Beuth Hochschule, die Fraunhofer Gesellschaft und die TU Berlin.

Sie sind eine von drei Senatorinnen in Berlin, der Rest des Senats besteht aus Männern. Sollte die Politik nicht mehr Frauen in Führungspositionen bringen, um mit leuchtendem Beispiel voranzugehen?

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Teams, die gleichermaßen aus kompetenten Frauen und Männern bestehen, besonders erfolgreich arbeiten. Aber auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung brauchen wir eine Führungskultur in Politik ebenso wie in Unternehmen, die dies anstrebt. Politik kann hier Vorreiter sein, aber Unternehmen können dies ebenso vorantreiben.

Neben dem parteilosen Finanzsenator Ulrich Nußbaum sind Sie das zweite parteilose Mitglied

in der Landesregierung. Ist das ein Vorteil?

Kein Parteibuch zu haben, ist vorteilhaft, wenn es darum geht, Mitstreiter zu finden, die dem politischen Umfeld nicht nahe stehen. Ich füge jedoch hinzu: Ich bin zwar parteilos, sitze aber für die CDU am Senatstisch.

LEBENS LAUF Sybille von Obernitz, Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung

geboren am 11. März 1962, verheiratet; drei Kinder

Ausbildung:

Abitur in Augsburg (1981)

Studium der Politischen Wissenschaften und Geschichte in Freiburg (1981 – 1982)

Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg und München (1982 – 1987)

Diplom-Volkswirtin, Universität Freiburg (Herbst 1987)

Beruflicher Werdegang:

IHK Augsburg, Referentin: Bereiche Volkswirtschaft und Hauptgeschäftsführung (Juni 1993 – 31. Dezember 1996)

IHK Berlin (Januar 1997 – Dezember 2003):

Geschäftsführerin der Wirtschaftsjuvenen Berlin/Brandenburg (Januar 1997 – 15. Dezember 1997)

Stabsstelle/Persönliche Referentin von IHK-Präsident und IHK-Hauptgeschäftsführer (15. Dezember 1997 - 31. Dezember 2000)

Leiterin des Bereichs Bildungs- und Wissenschaftspolitik (Januar 2001 – 31. Dezember 2003)

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Januar 2004 – November 2011):

Stellvertretende Bereichsleiterin Berufliche Bildung (Januar 2004 – 30. Juni 2005)

Bereichsleiterin Berufliche Bildung, Bildungspolitik (Juli 2005 – 30. November 2011)

Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung (seit 1. Dezember 2011)

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

NEUES AUS DER POLITIK

DER SENAT IST KOMPLETT

„Der neue Senat ist komplett“. Mit diesem Satz startete Klaus Wowereit seine Regierungserklärung am 12. Januar vor den Berliner Abgeordneten. Mit Spannung wurde diese Rede erwartet, denn die Regierungsbildung gestaltete sich äußerst schwierig. Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen gescheitert waren, musste auch schon der Justizsenator ausgewechselt werden.

So ging der Regierungserklärung auch die Vereidigung des neuen Senators für Justiz und Verbraucherschutz Thomas Heilmann (CDU) voran. Sein Vorgänger Michael Braun (CDU) musste Mitte Dezember nach nur zwölf Tagen im Amt zurücktreten. Dennoch selbstbewusst erklärte der Regierende Bürgermeister Berlin zur „zukunftsfähigen Metropole Europas“ entwickeln zu wollen. Schwerpunkte der Regierungsarbeit werden die Bereiche Wirtschaft, Finanzen und Soziales.

Der rot-schwarzen Koalition gehe es in den kommenden Jahren um einen „weiteren wirtschaftlichen Aufschwung und um mehr und bessere Arbeitsplätze“, erklärte Wowereit vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Kapital solle aus der enormen Anziehungskraft der Hauptstadt gezogen werden. Zudem sei die Grundlage der SPD-CDU-Koalition eine solide Finanzpolitik. Spätestens 2016 soll ein Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht werden. Auch der soziale Frieden in einer „menschlichen Metropole“ ist ein zentrales Thema der Regierungsarbeit, so der Regierende

Bürgermeister. Helfen sollen dabei bezahlbare Mieten und der Neubau von 30.000 neuen landeseigenen Wohnungen. Zu den landeseigenen Unternehmen und Einrichtungen äußerte sich Klaus Wowereit – bis auf die Wohnungsgesellschaften – nicht.



Foto: Helga Ewert / pixelio.de

LANDESREGIERUNG IM ÜBERBLICK:

Regierender Bürgermeister: Klaus Wowereit (SPD)
Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport: Frank Henkel (CDU)
Bürgermeister und Senator für Stadtentwicklung und Umwelt: Michael Müller (SPD)
Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft: Sandra Scheeres (SPD)
Senator für Finanzen: Dr. Ulrich Nußbaum
Senator für Gesundheit und Soziales: Mario Czaja (CDU)
Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung: Sybille von Obornitz
Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen: Dilek Kolat (SPD)
Senator für Justiz und Verbraucherschutz: Thomas Heilmann (CDU)

DANK DES PARLAMENTSPRÄSIDENTEN

Am Donnerstag, dem 29. Dezember 2011, hat der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin Ralf Wieland zusammen mit der BVG-Vorstandsvorsitzenden Dr. Sigrid Nikutta den Bus- und Straßenbahn-Betriebshof Lichtenberg in der Siegfriedstraße besucht.

NEUES AUS DER POLITIK

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat dazu eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der der Parlamentspräsident Wieland den Mitarbeitern der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen für ihr Engagement zwischen den Jahren dankt.

den Krankenhäusern oder bei der Feuerwehr, ob bei der Polizei oder in den Justizvollzugsanstalten. Unsere Stadt lebt von der Leistung und dem Verantwortungsgefühl seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dieser Fleiß ist typisch für die Berliner Mentalität.“

Quelle: Pressemitteilung Abgeordnetenhaus von Berlin

AUSSCHÜSSE KONSTITUIEREN SICH

Im Abgeordnetenhaus zu Berlin konstituieren sich derweil die ersten Ausschüsse. Der erste Ausschuss konstituierte sich am 5. Januar. Zur Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen der 17. Wahlperiode wurde einstimmig Frau Abgeordnete Anja Kofbinger (Bündnis 90/Die Grünen) gewählt.

In die weiteren Ausschussfunktionen wurden jeweils einstimmig auf Vorschlag ihrer Fraktionen gewählt:

die Abgeordnete Birgit Monteiro (SPD) zur stellvertretenden Vorsitzenden
 der Abgeordnete Ilkin Özişik (SPD) zum Schriftführer
 der Abgeordnete Joachim Luchterhand (CDU) zum stellvertretenden Schriftführer.

Quelle: Presse Abgeordnetenhaus von Berlin

„Empfangen wurden sie (Ralf Wieland und Sigrid Nikutta, Anm. d. Red.) vom Abteilungsleiter Fahrbetrieb, Torsten Mareck. Ralf Wieland besichtigte mit der Straßenbahnleitstelle und der Netzleitstelle für die Fahrstromversorgung des Straßenbahnbetriebs zwei wichtige neuralgische Punkte für das Verkehrsnetz. In den Werkstätten kam Ralf Wieland mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch – und verteilte kleine süße Aufmerksamkeiten. Der Parlamentspräsident sprach den BVG-Mitarbeitern stellvertretend für alle Berlinerinnen und Berliner, die zwischen Weihnachten und Neujahr arbeiten, seine Anerkennung aus.

Ralf Wieland: „Mit meinem Besuch möchte ich der BVG für die geleistete Arbeit in den letzten zwei Jahren danken. Es war für unsere Stadt wichtig, dass während der S-Bahn-Krise auf die BVG Verlass ist. Mein Dank gilt stellvertretend für all jene, die zwischen den Jahren Berlin am Laufen halten – ob in



Auch zwischen den Jahren arbeiteten die BVG-Mitarbeiter. Foto: BVG

VERANSTALTUNGEN

WORKSHOP ZUM TV-L/TVÜ-LÄNDER

▶ Zielgruppe:

Praktiker aus Personalverwaltungen sowie Seminarteilnehmer/innen, die über Basiswissen verfügen

▶ Seminarbeschreibung:

Die Seminar bietet den seit vielen Jahren im Personalwesen tätigen Beschäftigten eine systematische und praxisorientierte Vertiefung in das Arbeits- und Tarifrecht. Spezielle Fragestellungen der Praxis, aktuelle Entwicklungen wie beispielsweise die Ergebnisse der Lohnrunde 2012 (soweit vorliegend) und die aktuelle Rechtsprechung werden aufgegriffen und an Praxisbeispielen erörtert, damit Sie Gestaltungsspielräume schneller erkennen und besser nutzen können.

▶ Inhaltliche Schwerpunkte am 1. Tag

Tipps und Tricks bei der Stufenzuordnung

- Bei Neueinstellung - Anrechnung von Zeiten beruflicher Erfahrungen
- Höhergruppierungen, Herabgruppierungen, Umgruppierungen
- Unterbrechungstatbestände

Ausgewählte Fallkonstellationen zu den Übergangsregelungen nach §§ 8, 9 und 11 TVÜ-Länder

- Berücksichtigung neuerer Rechtsprechung
- Ergebnisse der Lohnrunde 2011

▶ Inhaltliche Schwerpunkte am 2. Tag

Arbeitszeit, Sonderformen der Arbeit, Überblick Arbeitszeitmodelle
Urlaub und Krankheit

Inhalt und Umfang Direktionsrecht des Arbeitgebers

Befristete Arbeitsverträge einschließlich Führung auf Zeit und Probe
Fragen des Allgemeinen Teils des TV-L

▶ Mit der Anmeldung wird um Einreichung von Problemfällen, Fragestellungen und Diskussionsschwerpunkten gebeten.

KAV Seminar: 0212

Termin: 22.-23. Februar 2012

Dauer: 09:00-16:30 Uhr

Seminargebühr:

Mitglieder 280 EUR

Nichtmitglieder 340 EUR

Referentin:

Annette Salomon-Hengst
Kathrin Schiersner

Anmeldung:

Sie können sich online anmelden über

<http://www.kavberlin.de/veranstaltungen/seminare/seminarprogramm/>

VERANSTALTUNGEN

STELLENBESETZUNG - RECHTSSICHER + AGG-KONFORM

- ▶ Das Verfahren der Stellenbesetzung muss insbesondere den Anforderungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) genügen. Das Ziel ist es, gutes Personal zu finden und das Verfahren rechtlich unangreifbar zu gestalten. Dieses eintägige Seminar gibt viele Praxis tips und vermittelt den aktuellen Stand der Rechtsprechung.

KAV Seminar: 0312
Termin: 28. Februar 2012
Dauer: 09:00-16:30 Uhr
 - ▶ AGG kompakt
Gesetzliche Grundlagen
Definition und Abgrenzung der Diskriminierungsmerkmale
Geltungsbereich des AGG und Ausnahmeregelungen

Seminargebühr:
Mitglieder 320 EUR
Nichtmitglieder 390 EUR
 - ▶ Die Einschaltung eines Personalberaters/Headhunters
 - ▶ Recruiting und das AGG
Stellenausschreibung
Telefonate, E-Mails mit Bewerbern
Absage nach Bewerbungseingang
Einladung zum Vorstellungsgespräch
Das Vorstellungsgespräch (Teilnehmer, Fragen, Dokumentation)
Absage nach Vorstellungsgespräch
Zu- und Absageschreiben
Bewerbungsunterlagen (Aufbewahrung, Dokumentation)
 - ▶ Der Umgang mit internen Bewerbungen
 - ▶ Beteiligungsrechte des Betriebsrats/Personalrats
 - ▶ Überblick über weitere Pflichten des Arbeitgebers gemäß SGB IX und TzBfG
 - ▶ Aktuelle Rechtsprechung zum AGG (notwendige Konsequenzen für den Arbeitgeber)
- Referentin:
Britta Ruiters
- Anmeldung:
Sie können sich online anmelden über
<http://www.kavberlin.de/veranstaltungen/seminare/seminarprogramm/>

ANSPRECHPARTNER

Rechtsanwältin
Claudia Pfeiffer
Geschäftsführerin
claudia.pfeiffer@kavberlin.de

21 45 81-16
0170/2 24 69 14
21 45 81-20

Silke Leicht-Gilles
Referentin Verbandskommunikation
silke.leicht-gilles@kavberlin.de

21 45 81-17
0151/25 28 76 70
21 45 81-18